

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes



Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphisch-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag** in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M., Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7,50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Die Orgeß-Regierung vor die Entscheidung gestellt.

Die Ruhrbergarbeiter fordern die Entwaffnung der bayerischen Orgeßwehren.

Berlin, 30. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Das Hamburger Fremdenblatt meldet aus Berlin: Aus dem Ruhrrevier ist in Berlin eine Abordnung von Bergarbeitern eingetroffen, um in der Reichskanzlei die Forderung nach der raschen Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren zu stellen, weil sie nicht weiter der Gefahr einer Verletzung des Ruhrreviers ausgesetzt sein wollen. Die Forderung soll auch mit dem Verlangen begründet werden, daß bei einer weiteren ablehnenden Haltung Bayerns die Lieferung von Ruhrkohlen dorthin eingestellt werden soll. Der Vorwärts erklärt die Forderung der Bergarbeiter für durchaus verständlich und anerkennt sie. „Mit Recht wehren sich diese Gruben, deren Verdienst um Deutschland weit mehr Anerkennung verdient, als ihnen die offiziellen Stellen bisher gezeigt haben, daß das Dannebergwerk der feindlichen Besetzung aufs neue über ihrem Haupt ausgehängt wird von einer Schar gewissenloser, blind verräterischer Nationalisten und Reaktionen, die sich das Mittel zu ihrer Gewalttätigkeit nicht aus der Hand nehmen lassen wollen.“ Zum Schluß sagt der Vorwärts: „Die Frage liegt jetzt offen und klar: Was steht der Reichsregierung höher? Die gegenwärtige Wiederaufbauarbeit, die seit Monaten durch zühes und beharrliches Schaffen im Ruhrgebiet geleistet wird, oder die kugensbewehrte Herrschaft der verblendeten Regierung Ruhr?“

Der Schritt der Bergarbeiter kommt in letzter Stunde; denn die verantwortungslose Politik der Reichsregierung, die nicht davor zurückschreckt, um der Förderung der Gegenrevolution willen, die Erfüllung Deutschlands aufs Spiel zu setzen, hat den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrrevier wieder in die bedrohlichste Nähe gerückt. Die hartnäckige Weigerung dieser Orgeß-Regierung, die bayerischen und ostpreussischen Einwohnerwehren zu entwaffnen und aufzulösen u. a. m. — auch die Umwandlung der Sicherheitspolizei ist nach der Entente nicht im Sinne des Abkommens von Spa erfolgt —, all das hat, wie die Entente-Agenturen berichten, jetzt dazu geführt, daß die internationalisierte Bolschewistenkonferenz die Angelegenheit der Entwaffnung Deutschlands an die Ententerregierungen selbst verwiesen hat. Das kündigt aller Wahrscheinlichkeit nach Zwangsmassnahmen an. Wir dürfen nicht übersehen sein, wenn in den nächsten Tagen eine Ententernote die sofortige Auflösung der vertragswidrigen Organisationen unter Androhung des Einmarsches fordert. Deutschland steht vor einer neuen internationalen Krise.

Es ist selbstverständliche Pflicht der sozialistischen Parteien den Schritt der Bergarbeiter auf das nachhaltigste zu unterstützen und zu verstärken. Wir verzeichnen mit Genugtuung, daß auch bei den Rechtssozialisten das Verständnis für die Notwendigkeit der Abschaffung dieser Regierung, die sie bisher durch neutrale Haltung gestützt haben, im Wachsen begriffen ist. Die Soz. Korrespondenz kündigt schärfste, rücksichtsloseste Opposition an. Das ist in der Tat die einzig mögliche Haltung zu einer Politik, die jede Möglichkeit zur Besserung der internationalen Lage Deutschlands zur Wende auch gleich kleinen Erleichterung der Lasten des Friedensvertrags durch deutsch-nationale, durch Orgeß-Politik zerstört. Die Erklärungen der Entente-Vertreter in Brüssel zeigten den Weg zu Abkommen, die Deutschland wenigstens vor der völligen Vernichtung bewahren können, so schwer das Leben dem besiegten Staate nach den brutalen Gesetzen kapitalistischer Ordnung auch immer noch sein würde. Die Ausschiffung des Wehrmilitäristen und Gewaltpolitikers Lesebre aus dem französischen Kabinett zeigt, daß in Frankreich die Regierung diesen Weg zu gehen bereit ist, daß der Wunsch nach Abrüstung, die Abneigung gegen die Fortsetzung der Gewaltpolitik wächst.

Diese verhältnismäßig günstige Situation hat die famose Reichsregierung durch ihre Orgeß-Koten gründlich verdorben. Der Pariser Temps, das Regierungsorgan, warf maßlos die Frage auf, ob die Berliner Regierung im Namen der bayerischen und preussischen Reaktionen spricht. Er verwies darauf, daß die bayerische Regierung „sich den Mitteln als Verdränger des Föderalismus und wenn nötig sogar des Separatismus“ vorstellte, einige „Vorkämpfer“ hätten überdies erklärt, damit einverstanden zu sein, daß sich Preußen nicht westlich der Elbe weiter ausdehne, daß ein neues Königreich Hannover errichtet werde. Die bayerischen und preussischen Reaktionen wünschten sich Glüd dazu, einen neuen Streitpunkt zwischen der Entente und der republikanischen Reichsregierung geschaffen zu haben, weil sie hoffen, Frankreich und England würden, der langen Auseinandersetzung müde, die republikanische Staatsform zerstören lassen, so daß endlich Deutschland, befreit von der republikanischen Regierung und gegenüber einem isolierten Frankreich eine Revanche vorbereiten könnte, die aufs neue die Thron der Hohenzollern und Wittelsbacher mit Ruhm bedecken könnte.

Dieser Feldzug setzt der Temps fort, wie die folgende Meldung zeigt:

Berlin, 30. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Der Vorkämpfer veröffentlicht einen Bericht seines Notterdamer

Mörder-Ungarn.

Das Budapester Bluturteil gegen die Volkskommissare

Budapest, 28. Dezember. Der Budapester Strafgerichtshof hat heute vormittags das Urteil im Prozeß gegen die gewesenen kommunistischen Volkskommissare verkündet. Josef Hauritz, Peter Agoston, Desidor Bokanyi und Karl Santos wurden zum Tode durch den Strang, die übrigen Angeklagten Franz Bajaki, Anton Duschak, Josef Keles, Heinrich Kalmar, Alexander Szabados und Georg Rinkhorst zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Santos und Hauritz wurden des Hochverrats schuldig gesprochen, weil sie durch den Anschluß der Sozialisten an die Kommunisten den Ausbruch der Proletarierdiktatur vorbereitet und durch ihre weitere Tätigkeit an der Schaffung der Sowjetverfassung teilgenommen haben. Ferner wurden diese beiden, weil sie gemeinsam mit Josef Bokanyi an der Vernichtung der bürgerlichen Herrschaft teilgenommen haben, der Anklage zum Aufruhr schuldig gesprochen. Sämtliche Angeklagte wurden in 40 Fällen der Anklage zum Mord schuldig gesprochen; auch wird ihnen zur Last gelegt, daß sie an der Schaffung der Revolutionstribunale und an der Niederwerfung der gegenrevolutionären Bewegungen teilgenommen haben. Überdies wurden sämtliche Angeklagte wegen Herstellung des Sowjetgeldes der falschmünzerei schuldig gesprochen.

Die schreckliche Justizkomödie, die je die Welt gesehen, endet in der Weise, die ihr würdig ist, mit schamlosem Bluturteil, das das Maß der Greuel, die die Spur der Horthy-Mörderhande zeichnen, voll macht.

Am 2. August 1919 beginnt die Geschichte dieses „Prozesses“. An dem Tage, da die sozialdemokratische Regierung, die an die Stelle der eben zusammengebrochenen ungarischen Räteregierung getreten war, mit den sich Budapest nähernden Rumänen einen Vertrag geschlossen hatte, laut welchem die rumänischen Truppen ganz Ungarn außer Budapest besetzen dürften und sämtliche Politiker vollständige Amnestie verbürgt wurde.

Auf Grund dieses Vertrages sind mehrere sozialdemokratische Führer der ungarischen Arbeiterbewegung nicht zusammen mit Bela Kun nach Wien geflüchtet, sondern in Budapest geblieben,

Korrespondenten. Danach bringt der Temps in einem großen Beistatistik Artikel Enthüllungen über deutsche Revanchepäne. Der Verfasser erwähnt den Rapp-Putsch und meint, die Führer des Putsches hätten ihre Pläne teilsweil ausgegeben, sondern noch weiter ausgedehnt und versuchten sämtliche besiegten Staaten Europas mit hineinzuziehen, um die Friedensverträge unzulässig zu ändern. Lubendorff, Oberst Bauer, Trebitsch-Lincoln usw. legten die ersten Grundlagen zu diesen Plänen und zu einer Zusammenkunft in Bapen Ende März. Major Stefani, Major Egan-Krieger, Hauptmann Schneider und andere Offiziere gehörten zu dieser Verschwörung. Es war ein Aktionskomitee gewählt, dem Oberst Bauer, Stefani und Lincoln-Trebitsch angehörten. Lubendorff hielt sich in einiger Entfernung auf einem Gute eines Freundes unter dem Namen Lange auf, wurde aber jeden Augenblick um Rat gefragt. Man habe auch den bayerischen Premierminister von Kahr ins Vertrauen gezogen. Unterhändler würden entsandt zu den Generälen von der Goltz, Bettow-Worbeck, Wangenheim und Epp, der mit seinen bayerischen Truppen eine sehr verdächtige Rolle während des Spartakistenputsches im Ruhrgebiet gespielt habe. Der Zweck war, eine Verbindung aller Truppenteile herzustellen, um sie zu einem Aufstand zu verwenden. Der Plan wäre aber der Reichsregierung bekannt geworden und man ersucht die bayerische Regierung um Auslieferung Lubendorffs und Lincoln-Trebitschs. Die bayerische Regierung lehnte dies aber ab unter dem Vorwand, sie wüßte nicht, wo sich die Betreffenden aufhalten. Dann beschloß der Ausschluß, die Bewegung zu internationalisieren. Die ungarische Clique war bereits gewonnen und stand in engster Verbindung mit den Russen. Auch die Konterrevolutionäre in Rußland wurden in die Verhandlungen einbezogen. Man einigte sich darüber, die neuen Regierungen in Mitteleuropa zu stützen und mit Österreich anzufangen. Zu diesem Zweck wurden alle verfügbaren Truppenformationen nach Bayern und nach der Südgrenze verlegt, um von dort aus den Putsch nach Österreich zu tragen. Die Verschwörer wollten die Staaten in Mitteleuropa und Osteuropa wieder herstellen und zwar auf fester Grundlage, wobei Österreich einverleibt werden sollte. Rußland und Ungarn sollten gemeinschaftliche Grenzen und gemeinschaftliche Ziele erhalten, nämlich die Offensive gegen Frankreich. Das erste Signal zum Vorgehen sollte im November gegeben werden, spätestens Anfang 1921 und die Offensive gegen Frankreich war für nächstes Jahr festgesetzt.

Diese Mitteilungen des Temps stimmen mit den vor einiger Zeit von uns wiedergegebenen Enthüllungen eines Prager russischen Blattes überein. Neu ist darin nur die pikante Aufdeckung, daß die bayerische Regierung die Bauer und Lubendorff gegen die Verhaftungsforderung der Reichsregierung deckte. Das paßt durchaus zum Wille. Selbsten sind die Verschwörer unter der Orgeß-Regierung im Reich in voller Sicherheit.

Die Orgeß-Regierung muß gestürzt werden — das ist die Forderung des Tages!

damit sie sofort bei der Hand sein könnten, falls es wieder etwas für den sozialen Fortschritt zu arbeiten gäbe.

Die Kapitalisten halten aber den Arbeitern gegenüber nur festen Wort. Die Rumänen haben Budapest doch besetzt, die meisten noch dort weilenden Sozialisten doch verhaftet und sie nach ihrem Abzug sogar den Horthybanditen ausgeliefert.

So fielen etwa 50 Volkskommissare, politische Beauftragte und andre höhere Angestellte der Räterepublik in die Hände der Horthybanden. Diese hat sich zwar bereits hundertfach für die Taten des Bolschewismus gerächt, doch stellte sie auch diese fünfzig, meistens rechtsstehende sozialdemokratische Führer — die nur der Einheit halber ein Amt angenommen haben — vor Gericht, um sie einzeln für sämtliche Geschehnisse der Rätezeit zur Verantwortung zu ziehen.

Natürlich handelte es sich bei dem Gerichtsverfahren nicht um eine regelrechte Verhandlung. Das ist nicht möglich zwischen zwei Parteien, von denen eine der Klagesteller, der Zeuge, der Gefängniswärter, der Richter — und der Henker alles in einem ist, während die andre zu Tode gequält, gepeinigt wird, gefesselt und ohne Hilfe ist.

Der Prozeß war ein fortgesetzter Justizmord. Gefällige Protokolle, deren Fälschung sich in der Verhandlung selbst aus ihren Widersprüchen ergab, so fiederlich hatten die Fälscher gearbeitet, spielten eine Hauptrolle. Eine Verteidigung war so gut wie unmöglich.

Die Henker wollen Blut. Was gilt das Recht. Sie erklären die Führer der ungarischen Arbeiter für gemeine Verbrecher — alle Handlungen des Räteregiments sollen gemeine Verbrechen sein. So wurde die „rechtliche Unterlage“ konstruiert.

Im Kampfe betrauert man die Gefallenen nicht; man rächt sie. Das Klassenbewußte Proletariat der ganzen Welt hat die Pflicht, das Verbrechen der Horthybanden zu rächen. Das Bluturteil von Budapest muß die Arbeiter in allen Ländern aufpeitschen zum entschlossensten Kampf gegen die Reaktion im eignen Lande, damit die Vorbedingung geschaffen werde zum Befreiten Europas, zur Befreiten Welt.

Der Kampf um Fiume.

Verhandlungen in Abbazia.

Tri. Lugano, 30. Dezember. In Abbazia wurden Verhandlungen zwischen dem italienischen General Ferrario und den Vertretern von Fiume eröffnet. General Ferrario trat als Vorbedingung für die Anerkennung des Vertrags von Rapolla ein, worauf die Vertreter von Fiume erklärten, zunächst die Zustimmung d'Annunzios einholen zu müssen. Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen waren dieselben bis um 1/6 Uhr nachmittags noch nicht beendet, woraus man glaubt schließen zu dürfen, daß d'Annunzio bereit ist, den Vertrag von Rapolla anzuerkennen. Giolitti erklärte, daß er angesichts der Verhandlungen in Abbazia keine Mitteilungen über Fiume vor deren Beendigung machen könne.

Rücktritt d'Annunzios.

Rom, 29. Dezember. Wie der Corriere della Sera aus Abbazia meldet, hat d'Annunzio seine Vollmachten in die Hände des Stadtrats zurückgelegt.

Die Meldung von dem Tode d'Annunzios bestätigt sich nicht. Wie römische Blätter melden, wurde bei der Besetzung Fiumes d'Annunzio, der im Kommandogebäude weilte und im Kriegsrat den Vorsitz führte, durch einen Granatplitter am Kopf leicht verwundet. Gleich nachher platzen zwei weitere Granaten an gleicher Stelle, durch die mehrere andre Anwesende getötet bzw. verwundet wurden. Durch den Vorfall entstanden die falschen Gerüchte vom Tode d'Annunzios.

Fiume gefallen?

Tri. London, 30. Dezember. Reuter meldet aus Rom, General Cavaglia ist in Fiume eingedrückt, nachdem er sich zunächst des Hafens bemächtigt hatte. Wie verlautet, soll es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gegeben haben.

Wieder ein geheimes Flugzeuglager entdeckt

Stettin, 30. Dezember. In Köslin wurde von der Kriminalpolizei Flugzeugmaterial im Werte von mehreren Millionen Mark beschlagnahmt. In der Scheune des Landhauers des Majors a. D. Fuchs wurde eine große Anzahl Rissen aufgefunden, die Flugzeugmotoren und photographische Instrumente zu Fliegeraufnahmen enthielten. Es handelt sich um verborgene gehaltenes Secretgut.